

Proteste in Patagonien

Chile: Breiter Widerstand gegen Staudammprojekt »Hidroaysén«

Innerhalb der nächsten 14 Jahre will die chilenische Regierung im Süden des Landes an den Flüssen Pascua und Baker fünf Staudämme errichten. Mit diesen sollen 2700 Megawatt Strom für die 3000 Kilometer entfernte Hauptstadt Santiago und die nördlichen Industriezentren erzeugt werden. Die beiden Energieriesen Cobún und Endesa (Teil des italienischen Konzerns Enel) sind für den Bau der Staudämme verantwortlich. »Ein Projekt, das mit sauberer Wasserenergie betrieben wird und Chile Energiesicherheit und wirtschaftliches Wachstum bringen wird«, betont Jorge Taboada, Entwicklungsmanager von Hidroaysén.

Die Bewohner der Region sehen das anders. Miriam Chible ist eine entspannte Person, die das ruhige Leben mit ihren vier Kindern im Süden Chiles genießt. Doch wenn sie auf das Thema Hidroaysén zu sprechen kommt, dann blitzen ihre Augen und ihre lockigen Haare wippen wild auf und ab. Denn die türkisblauen Flußlandschaften und imposanten Felsenschluchten könnten in einigen Jahren von dem Staudammprojekt im wahren Sinne des Wortes überschwemmt werden. »Wo wir heute ursprüngliche Landschaften haben, werden bald

Gleichstromleitungen die Region durchziehen«, sagt sie.

Wie kommt es, daß ein Wasserkraftwerk angesichts von Fukushima und Klimaerwärmung von gut 60 Prozent der Chilenen abgelehnt wird und Anfang Mai sogar 40000 Menschen auf die Straßen Santiagos brachte? Die Betreiber sehen dahinter eine populistische Kampagne, gesponsert von ausländischen NGO. Für Luis Rendón dagegen, Leiter der Umweltorganisation Acción Energía, zeigen die Proteste, daß Chile vor einem sozialen und politischen Wandel steht: »Die Chilenen haben es satt, daß sämtliche Regierungen seit Jahrzehnten wichtige Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg fällen. Es gibt keine regionalen oder lokalen Instanzen in denen die Bürger mitentscheiden können, und sie sind frustriert. Jetzt bekommt die Regierung die Quittung dafür.«

Tatsächlich herrscht in Chile seit der Genehmigung des Baus durch die Regierung von Präsident Piñera am 9. Mai so etwas wie ein lateinamerikanischer Frühling. Studenten, Umweltaktivisten und vor allem erboste Bürger protestieren rund um die Uhr. »Möglicherweise haben wir das Projekt nicht gut genug kommuniziert. Wir wollen Patagonien nicht zerstören,

sondern dort den Tourismus fördern, Arbeitsplätze schaffen und in Ausbildung investieren«, gibt deshalb auch Jorge Taboada zu. Doch in Patagonien ist die Bevölkerung mißtrauisch. »Arbeitsplätze sind schön und gut«, sagt Miriam Chible, »aber nicht in der Schwerindustrie. Wir schaffen unsere eigenen Arbeitsplätze – im nachhaltigen Tourismus und mit alternativen Energiekonzepten.«

Tatsächlich bietet Chile viele Möglichkeiten zur Nutzung von regenerativen Energien: Solarenergie in der Atacama-Wüste, Windenergie an der Küste sowie Geothermie durch Vulkane. »Doch wir sprechen immer nur von Energieproduktion und Entwicklung«, sagt Luis Rendón. »Aber wir denken nie darüber nach, wie wir Energie sparen könnten. Chile braucht dringend moderne Konzepte in diesem Bereich«. Derweil wurde das Staudammprojekt vom Berufungsgericht in Puerto Montt vorübergehend gestoppt. Ende Oktober wird der Fall möglicherweise an das Oberste Gericht übergeben. Doch egal, wie die Richter entscheiden, Miriam Chible und die Menschen in Patagonien wollen nicht aufgeben: »Wir kämpfen so lange, bis das Projekt gestoppt wird!«

Marinela Potor, Santiago de Chile